

vierteljährlich im Stadt, Ort- und Nachbarort-Verkehr M. 8.90, außerhalb M. 9.40 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Monatsheftes 10 Pf. Bestellungen sind zu richten an den Verleger, mit Ausnahme der Sonntag- und Feiertage.

Gegründet 1877.



Die 1/4-jährige Zeit ober deren Raum 20 Pfennig. Die 1/2-jährige ober deren Raum 40 Pfennig. Bei Abbestellungen unentgeltlich entgegen zu bringen der Rabatt. Bei gerichtlicher Eintreibung und Konfiskation ist der Rabatt hinfällig.

Versprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 245 Druck und Verlag in Altensteig. Dienstag, den 21. Oktober. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1919.

Hunger nach deutschen Waren.

Der Deutsche Wirtschaftsverband für Süd- und Mittelamerika erhält aus Havanna von seinem nach Mexiko reisenden Vertrauensmann die folgende Schilderung: Amtlich ist es zwar noch nicht gestattet, daß die Deutschen von den Schiffen ans Land gehen, auch nicht für wenige Stunden zum Besuch — weil noch der Verdacht der „Spionage“ besteht, wie die Zeitungen sagen — aber die tiefgehende deutschfreundliche Gesinnung aller Kubaner, also auch der Zoll-, Hafen- und Polizeibeamten, ist ein ernstliches Hindernis zur genauen Durchführung der papierernen Geetze. Da ich die Stadt von der Zeit vor dem Krieg her kannte, war es mir interessant, die Veränderungen wahrzunehmen, die Havanna in den letzten fünf Jahren durchgemacht hat. War die Perle der Antillen schon früher eine reiche Stadt, so kann man jetzt sagen, die ist unankständig reich, wenigstens mit Berliner Hungeraugen betrachtet. Der Krieg hat Havanna, wie es scheint, nur Gutes gebracht. Wo man hinsieht, hat man den Eindruck: Geld, Geld! Man weiß kaum noch, was man mit dem vielen Geld machen soll. In den engen Straßen reist sich Auto an Auto, es sollen über 15000 in Havanna sein, alles amerikanische. Nur vor Lastwagen steht man hier und da noch Wauktiere. Draußen vor der Stadt wurde mir erst klar, wieviel Geld in Havanna fließt. Wo früher Regentropfen und Schutthalben den Fußboden zurückdrückten, sind heute ganz neue Villenviertel entstanden oder im Entstehen begriffen. Ueber Berg und Tal werden neue Straßen durch Urwald, Palmenhaine oder Felsenpartien gebrochen und großartig mit Asphalt, Blumenbeeten und Bogenlampen ausgestattet.

Im Bord hatte ich einige Ladenbesitzer kennen gelernt, die in ihren Läden aufzufinden ich als Hauptzweck meines Ausflugs an Land betrachtete. Die Aufnahme, die ich fand, war mehr als liebenswert. Ich möchte fast sagen, begeistert. Man läuft keine Gefahr, mit einem Ententefreund zusammenzufallen. Alle warten auf deutsche Waren. Wenn ich nur Kataloge bei mir gehabt hätte, ich hätte in den zwei Tagen für über eine Million Mark verkaufen können. Und die Zahlungsbedingungen? Man laßt mich aus: Geld spielt keine Rolle, Geld soviel Sie wollen, „beim Empfang der Ware!“ Nur soll schnell geliefert werden, und vor allem geht der Wunsch nach deutschen Sortiments. Was uns die Engländer, Amerikaner und nicht zuletzt die Japaner nachgemacht haben, ist nicht zu beschreiben. Ich hätte gerne einen deutschen Arbeiter bei mir gehabt, um ihn meinen Schreien mit durchlöcheren zu lassen. Erstens greift man nach Spielfachen — Eisenbahn, Puppenhüte, Spezialeisen, Puppen, Pistolen oder Vesuloidschischen — immer wieder erklingt hinter einem die niederschmetternde Erklärung des Ladenbesizers: „Das ist amerikanische, das japanische Ware!“ Auch japanische Firmen mit deutschen Namen liefern Spielfachen. Bären und Rippfischen rein deutschen Genres kommen aus Japan, Korboxwaren, Fahrrad- und Kinderautomobile aus den Staaten. Und Aspirin-Tabletten mit dem Kreuz „Bayer“ sind die einzig echten (aus Amerika nämlich). Billige Taschmesser mit Blechschalen in grüner Originalschachtelverpackung aus Solingen sind täuschend nachgemachte japanische Ware.

Die deutsche Industrie wird schwer kämpfen müssen, wenn sie dieser Raub- und Schmutzkonturrenz Herr werden will. Man sollte einmal deutsche Arbeiter herkommen lassen. Ob sie etwas von den genannten Waren verstehen oder von elektrischen Beleuchtungs- und Werkzeugen, Oberweiner oder Florweiner Schmuckfächer, Ledertaschen, Bürsten oder Thermosflaschen — jeder in seinem Fach wird finden, daß nur rastlose Arbeit und eine Menge hineingearbeitete Intelligenz dazu nötig sind. Man wird, wenn Deutschland den früheren Platz zurückerobern will, nur eine schwache Stelle ist geblieben, ein Loch hat die Erdrobelungs-politik des feindlichen Handels nicht zustoßen können, und hier müssen wir wieder hineinzukommen versuchen. Das ist die deutsche „Kollektion“! Die Massenlosigkeit der Muster und Preislagen hat man und nicht nachzumachen vermocht, und danach seht sich der Ladenbesitzer. Das Publikum wird müde, immer „Standards“, die gleiche Ware, kaufen zu lassen. Der Verkäufer dagegen verzweifelt, daß er keine „Auswahl“ mehr ausbreiten kann.

Die Preise sind naturgemäß schwer zu vergleichen. Wenn aber ein kleines Taschmesser von Rodgers Sons, Sheffield, zwei Klingen, gute Perlmutter-schale, 8-Cm., etwa 80 Millimeter lang, die Kleinstheit von 3 Dollar

Gold kostet, so kann man sich ein Bild davon machen, daß wohl noch Aussicht besteht, wieder ins Geschäft zu kommen. Allerdings scheint es mit anderen Artikeln nicht ebenso günstig zu stehen. Etwas erscheint mir noch erwähnenswert. Der deutsche Reisende, der herankommt, muß Kriegsteilnehmer sein. Er muß von Gejetchen, Märchen und Enttäuschungen erzählen können und muß möglichst in Klauen, Rußland und der Türkei gewesen sein. Der kubanische Geschäftsmann wird nicht müde, zu fragen, wie es gewesen sei, und bei jeder Schilderung, wie Engländer oder Amerikaner verhalten worden sind, glänzen ihre Augen. Die Bewunderung deutscher Tapferkeit und deutscher Organisation ist unbegrenzt, und ständig wiederholen sich die Fragen: „Haben Sie unter Hindenburg oder Madensen gekochten? Waren Sie bei den Bajurischen Seen oder bei Gorkie?“ Nur die Franzosen erwecken Mitleid, man weiß, was sie gelitten haben. Der Spanier haßt den Engländer, der Kubaner den Amerikaner.

Deutsche Nationalversammlung. Berlin, 18. Okt.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wurden von Vertretern verschiedener Parteien von rechts und links Wünsche vorgebracht, die dahin abzielten, daß die Fortführung der sozialen Gesetzgebung eine Verzögerung der Klassen herbeiführen möge; die Renten der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen wurden als aufbesserungsbedürftig bezeichnet. Die Arbeits-unlust wurde vom Minister Schlichte auf die Nachwirkungen des Krieges zurückgeführt. Im übrigen zählte er eine Reihe von Gesetzesvorlagen auf, die dem Ausbau der sozialen Einrichtungen dienen sollen. Die Verhandlungen bewegten sich, da die Redner der Parteien, wie gesagt, in der Hauptrichtung der Ziele einmütig waren und verlegende Worte auf allen Seiten vermieden wurden, in ruhigen Bahnen. Als aber nach den Ausführungen des Arbeitsministers der frühere „Polizeipräsident“ von Berlin aus den Tagen des Berliner Kommunistenaufstands, Abg. Eichhorn, das Wort ergriff, da vertiefte alles, auch die Regierungsmitglieder, den Saal. Eichhorn befindet sich wegen schwerer Beschuldigungen im Anklagezustand und erst kurz vor der Ueberführung der Nationalversammlung nach Berlin hat er sich wieder, gestützt auf die Freiheit des Abgeordneten, in der Öffentlichkeit gezeigt. Lange hatte er sich in Draufsicht verborgen gehalten. Der in der Parlamentsgeschichte wohl einzig dastehende Fall der Anwesenheitsverweigerung des ganzen Hauses wegen eines einzigen Abgeordneten erregt begreiflicherweise nicht geringes Aufsehen. Regierung und Nationalversammlung wollen mit Eichhorn nichts zu tun haben und erkennen ihn als Abgeordneten nicht mehr an. Seinem Mandat ein Ende zu machen, steht aber nicht in ihrer Macht. Wenn aber Eichhorn auch späterhin im Hause reden wollte, würde die Massenauflösung wiederholt werden? Eichhorn redete vor wenigen Fraktionsgenossen der Unabhängigen, die außer dem Präsidenten und einem Schriftführer zurückgeblieben waren. Ueber seine Rede berichtet WTB. nichts.

Zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums.

Abg. Müller-Potsdam (S.): Das Gesetz über die Betriebsräte hätte längst fertig sein müssen. Die kleine Invalidentrente lohnt kaum die Mühe der Feststellung. Die maßgebende Mitwirkung der Versicherten muß beim Versicherungsweisen eingeführt und ein einheitlicher Versicherungsträger für die verschiedenen Zweige der Versicherung geschaffen werden. Die Angestellten müssen in die Arbeiterversicherung einbezogen werden. Die Wohlfahrtspflege und die soziale Fürsorge sollten im Arbeitsministerium vereint werden.

Abg. Tremmel (D.): Die Schaffung eines ausgebeuteten Arbeiterrechts muß beschleunigt werden. Die Schaffung eines Beamten- und Angestelltenrechts sowie die Klärung des Schlichtungs- und Einigungsweises sind dringliche Aufgaben. Politische Streiks sind zu verbieten. Das Betriebsrätegesetz bedarf einer gründlichen Durchberatung unter Wahrung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter.

Frau v. Gierke (D.nat. Sp.): Die Sozialpolitik muß in ständigem Zusammenhang stehen mit der Wirtschaftspolitik. Der eigentliche Zweck des Ministeriums ist aber, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu regeln. Schlimm ist, daß die Arbeit

jetzt nicht mehr als Lebensnotwendigkeit betrachtet wird. Hier hat der praktische Sozialismus vollständig versagt. Nur in einem starken Staate kann Sozialpolitik getrieben werden. Das Arbeitsrecht soll den beruflichen Betretungen Rechnung tragen. Auch der Beruf der Hausfrau muß anerkannt werden. Die Koalitionsfreiheit begrüßen wir. Bei den Betriebsräten darf das Mitbestimmungsrecht nicht zum Mitregieren werden. Die Renten müssen erhöht werden. Unser Grundgesetz ist Klassenversöhnung. Einstellung der Arbeit in die Wirtschaft und der Arbeiter in die Gesellschaft.

Minister Schlichte: Wenn die Lust zur Arbeit noch nicht da ist, so ist das sogenannte Stahlbad des Krieges daran schuld. Die Interessentenkreise sollten im weitesten Maße herangezogen werden, auch beim Arbeitsrecht. Das wichtigste ist die Schaffung einer Reichszentrale für Arbeitsvermittlung. Die Erwerbslosenunterstützung hat sich anders gestaltet, als wir gedacht haben. Der Abbau kann nur so geschehen, daß eine strenge Kontrolle durchgeführt wird. Vor allem müssen Landesregierungen und Kommunen für Arbeitsmöglichkeiten sorgen. Das wichtigste, um unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ist der Arbeiterurlaub. Die Revision der Reichsversicherungsordnung ist in Aussicht genommen, desgleichen die der Krankenversicherung. Hier soll vor allem die Verbesserung der Haupterwerbtreibenden wieder eingeführt werden. Eine Reform des Schlichtungsweises ist im ersten Entwurf festgelegt. Statt der Erneuerung der Beisitzer ist die Wahl vorgesehen. Ferner ist die Bildung von Berufsämtern und einer Revisionsinstanz vorgesehen. Die Wahrung des Koalitionsrechts wird zu den Aufgaben der Betriebsräte gehören.

Als der nächste Redner Abg. Eichhorn (U.S.P.) das Wort ergreifen will, verlassen sofort sämtliche Abgeordnete den Saal mit Ausnahme seiner Parteigenossen. Desgleichen hatte die gesamte Regierung den Saal verlassen. Es blieben nur der Präsident mit einem Schriftführer anwesend, zunächst 9, später 6 Unabhängige und der Abgeordnete Löbe (S.), der als Vizepräsident den Präsidenten Lehrenbach ablösen will, später aber auch den Saal verläßt.

Sagung der deutschen Volkspartei.

Leipzig, 20. Okt. Nachdem am 17. Oktober eine Sitzung des Zentralvorstands vorausgegangen war, fand am Samstag unter sehr starker Beteiligung der Parteimitglieder der Deutschen Volkspartei (National.) statt. Der Abg. Dr. Strösemann erläuterte den Bericht. Die Stellung zu den übrigen Parteien besprechend, schloß er aus, die Demokratie lasse das nationale Moment vermissen. Das Bürgertum sei mitschuldig an der Revolution, weil es die Sozialdemokratie habe so stark werden lassen. Die Arbeiterschaft stehe jetzt vor dem Zusammenbruch ihrer Ideale, da der Sozialismus seine Unfähigkeit zu regieren erwiesen habe. Volkstrennung Elemente haben in der Revolution eine Hauptrolle gespielt. Das Bürgertum müsse sich zur gemeinsamen Abwehr zusammenschließen. Die Demokratie habe dabei völlig versagt. Der Liberalismus sei im Begriff, sich zu einigen, ganze Vereine gehen von der demokratischen Partei zur D. Volkspartei über, namentlich im besetzten Gebiet. Im Zentrum bemerkte man eine Entwicklung, die mit der Politik der Führer nicht übereinstimme. Gegenüber der Deutschnationalen Volkspartei müsse eine abwartende Haltung eingenommen werden. Für den Konservatismus sei kein Raum mehr.

Die Versammlung billigte ein Programm, die Partei werde den Wiederaufbau des Reichs mit allen Mitteln fördern und im Rahmen ihrer politischen Grundsätze auch innerhalb der jetzigen Staatsform mitarbeiten. Sie fordert Wiederherstellung der ruhmvollen schwarz-weißen Reichsflaggen. Geh. Rat Kahl wandte sich gegen die Verkrümmung Preußens, dem insbesondere Hannover und das Rheinland unendlich viel zu danken hätten. Die Rolle der einzelstaatlichen Monarchen sei unter allen Umständen ausgespielt; eine Wiederkehr müsse man als ausgeschlossen bezeichnen. Abg. Böglers sprach über Arbeitsgemeinschaft und Wirtschafts-Parlament. Die Arbeitsteilung habe einen unerträglichen Abstand des Arbeiters von dem Werk, das er schaffe, herbeigeführt. Die menschliche Seele, die dadurch entstehe, müsse überwunden werden. Das sei nicht nur ein deutsches, sondern ein Weltproblem. Es gelte, den Arbeiter auch durch Arbeitsbeteiligung am Werk zu interessieren. Zum Stillsitzen müsse die keine Arbeit treiben. Ersparnisprämien und Qualitätsprämien müßten die Produktivität heben.



Neues vom Tage.

Deutsch-nationaler Studentenbund.

Berlin, 20. Okt. Auf einem deutsch-nationalen Studentenlag, auf dem 14 Studentengruppen mit rund 3000 Mitgliedern vertreten waren, wurde die Gründung eines deutsch-nationalen Studentenbunds unter enger Anlehnung an die Deutsch-nationale Volkspartei beschlossen.

Ernennung.

Berlin, 20. Okt. Die preussische Regierung hat den Gewerkschaftssekretär Friedrich Voigt in Breslau zum Polizeipräsidenten von Breslau ernannt.

Papiergeldfälschungen.

Berlin, 20. Okt. Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.) hat in der Nationalversammlung folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Verbreitung falscher Fünfzigmarkstücke hat in letzter Zeit wieder einen erschreckenden Umfang angenommen. Die Fälschungen sollen planmäßig von holländischer Seite betrieben werden, um eine Verzerrung unseres Geldwesens herbeizuführen. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung hiergegen zu ergreifen?

Streikbewegung.

Frankfurt a. M., 20. Okt. Welchen Charakter der Eisenbahnstreik in Frankfurt trägt, geht daraus hervor, dass die Streikenden verabredet hatten, den Präsidenten Dr. Stapp bei den Verhandlungen in eine rote Fahne zuwickeln und durchs Fenster auf die Straße zu werfen. Nur der eigenen Kaltblütigkeit hat der Präsident es zu danken, dass das Verbrechen unterblieb. Die Abmachungen mit den Streikenden werden, da sie durch unerbörte Gewalttätigkeit erpreßt wurden, von der Regierung nicht anerkannt. Die Hälfte der Streikenden besteht nicht aus Eisenbahnern. Der Führer Hertel war früher Vorsitzender des Frankfurter Zentralrats der Eisenbahner gewesen; er hatte damals gesagt: „Wer die Eisenbahn besitzt, hat die Hand an der Gurgel des Staats.“

Die Kohlenarbeiter des Bezirks Helmstedt-Schöningen beschließen wegen der schwierigen Kohlenversorgung die Einführung von Sonntagsfahrten.

Spernung des Kraftwagenverkehrs.

Karlsruhe, 20. Okt. Die Einstellung des Kraftwagenverkehrs an Sonn- und Feiertagen wird in Baden vom 26. Oktober ds. J. ab ebenfalls erfolgen. Dadurch soll erreicht werden, daß nicht einzelne Personen in der Lage sind, an diesem Tage ihre Ausflüge mit Kraftwagen zu unternehmen. Nur soweit Kraftwagen ausschließlich im öffentlichen Interesse verkehren oder soweit es sich um Fahrten handelt, die bei Brand- und Unglücksfällen zur Herbeischaffung ärztlicher Hilfe notwendig sind, dürfen solche unternommen werden. Alle übrigen Kraftwagen müssen Befehlsbefugnisse aufweisen.

Die Türken sehnen sich nach den Deutschen.

Mailand, 20. Okt. Dem „Corriere della Sera“ wird aus Konstantinopel berichtet: Man soll doch endlich einmal aufhören, zu glauben, daß die Türken die „Befreiung der Türkei von der deutschen Herrschaft“ durch die Verbündeten mit Freuden aufgenommen haben. Gewiß habe das Volk im Oktober vorigen Jahres aufgestanden, aber nicht weil die Verbündeten kamen, sondern weil der Krieg ausbrach. Im Gegenteil, das rüchliche Auftreten der Heere und die Ränkepolitik der Verbündeten haben die Türken im höchsten Grade erbittert, namentlich haben die Franzosen durch ihr gewalttätiges Auftreten in Smyrna an Uneinigkeit verloren. Die Überweisung der größten und wichtigsten Teile des türkischen Reichs und die „Aufficht“ Englands habe die

englandfreundliche Partei des Einflusses beraubt und die nationalistische Partei (die Jungtürken unter Enver und Kemal) außerordentlich gestärkt. Bei einer Gesellschaft im Hause einer Prinzessin, bei der nur Vertreter der Entente anwesend waren, sagte die Gastgeberin mitschredend: „Ich werde die Deutschen nach wie vor allen anderen Nationen vorziehen.“ Daß gegen die Deutschen besteht nur bei dem Volksmühsal an der Westküste Kleinasiens (Libanos), wo die Bevölkerung während des Kriegs nicht genug ihre Deutschfreundlichkeit zur Schau tragen konnte. Die Gelegenheit für Italien, im Handel mit der Türkei nach dem Waffenstillstand an die Spitze zu kommen, sei durch die wucherische Habgier des Spekulantentums aus Italien für jede Zukunft veripert. Die Erinnerung an die guten Handelsbeziehungen mit Deutschland sei heute bei der eiaentlichen Türkei stärker als je.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 20. Okt. Der Oberste Rat billigte das Verlangen Italiens, in den ungarischen Friedensvertrag Bestimmungen anzunehmen, wonach Ungarn auf die Güter der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie (soll wohl heißen des Kaiserhauses, D. Schr.) zugunsten Italiens verzichtet.

Die Südtiroler in Rom.

Rom, 20. Okt. Eine Abordnung des deutschen Bundes der Südtiroler wurde von Ministerpräsident Nitti empfangen. Die Tiroler legten gegen die Einverleibung Südtirols Verwahrung ein, erklärten sich aber bereit, am Wiederaufbau des Landes mitzuwirken. Sie ließen durchblicken, daß sie die Schaffung einer selbständigen Provinz Tirol wünschen. Nitti sicherte die „größte Achtung“ der nationalen Rechte zu.

England und der Vatikan.

Mailand, 20. Okt. Die Wahl des Freiherren Magenes zum General der Kammerherr hat, wie der „Secolo“ mitteilt, den englischen Gesandten veranlaßt, den Papst darauf aufmerksam zu machen, daß die Wahl zu neuen Störungen der engherigen Beziehungen führen könnte. Tatsächlich jagt der Papst die Befähigung der Wahl Magenes hinauszuweisen. Er macht aber andererseits seiner Umgebung gegenüber kein Hehl daraus, in eine wie schwierige Lage er kommen möchte, wenn er in die Prärogative der Orden eingreifen wollte. Bis jetzt ist es unmöglich gewesen, eine beide Teile befriedigende Lösung zu finden.

Bemühungen für das Senken der Preise.

Amsterdam, 20. Okt. Nach dem „Nieuwe Courant“ beabsichtigt Argentinien einen Kongreß aller amerikanischen Staaten nach Buenos-Aires einzuladen, um gemeinsam Maßnahmen zur Senkung der Preise aller hauptsächlich benötigten Waren und der Lebensmittel zu treffen. Auch nichtamerikanische Staaten sollen beteiligt werden.

Das Seiden-Grüßer.

Berlin, 20. Okt. Das Befinden des Abg. Grüßer ist nach den letzten Nachrichten gut und gibt zu keinen Besorgnissen mehr Anlaß. In der Nähe des Reichstagsgebäudes war Grüßer plötzlich von einer Ohnmacht befallen worden. Beim Zusammenbrechen schlug er mit dem Kopf auf dem Pflaster auf und erlitt eine unbedeutende Kopfwunde. Im Reichstagsgebäude erfolgte sich der Abgeordnete unter ärztlicher Pflege bald wieder.

Leipzig, 20. Okt. In Anwesenheit von mehr als 1200 Vertretern aus 900 deutschen Städten wurde am Samstag der 14. Handlungsgesellenkongreß durch den Verbandsvorsitzenden Beschly des deutsch-nationalen Handlungsgesellenverbands eröffnet.

Bermischtes.

Bismarck über seine Entlassung. Der Verlagotta hat das Erscheinen des dritten Bandes der Bismarck-Erinnerungen für Weihnachten angekündigt — trotz des Einspruchs der Erben. Als Vorläufer zu diesen Entlassungen kann die Veröffentlichung von Gesprächen mit Bismarck gelten, die aus dem Nachlaß Heinrich von Poisingers in dem neuesten Hefte der „Deutschen Rundschau“ erscheinen. (Verlag Gebrüder Paetel, Berlin.) Am 7. April 1890 hat sich der Fürst, nach Poisinger in Bismarcksruh also ausgelesen: „Als ich nach Beendigung meines diesigen Herbstaufenthaltes nach Berlin zurückkam, merkte ich, daß etwas im Gange war; der Kaiser sprach heut auf den, morgen auf jenen. Dazu kam das Projekt mit der Arbeiterkongresskonferenz, von der ich mit keine praktischen Folgen erwartete. Als das Resultat der Neuwahlen feststand, wurde bereits die Frage meines Abschieds berührt. Ich wollte aber nicht unter ihrem Brude abgehen; darum schlug ich dem Kaiser vor, den Abschied noch bis zum Mai aufzuschieben. Ich erklärte mich bereit, die Militärvorlage im Reichstage, dessen baldige Berufung ich in Aussicht genommen hatte, zu vertreten. Der Kaiser war mit der ihm vorgeschlagenen Lösung ganz einverstanden und sagte sie mit den Worten zusammen: „Es bleibt also alles beim alten.“ Inzwischen kam der Vorgang mit der Kabinettsorder vom Jahre 1882 und mit dem Abgeordneten Windthorst. Windthorst hatte sich durch Bleichröder eine Unterredung mit mir zu verschaffen gewünscht. Wegen dieser Unterredung stellte auch der Kaiser zur Rede. Ich erwiderte, ich hätte stets mein Hausmeister erklärt, jeder Abgeordnete, der bei mir vorgelesen zu werden wünsche, habe Zutritt. Mir war die Unterredung mit Windthorst ganz wertvoll, denn ich erfuhr bei dieser Gelegenheit die exorbitante Höhe der Zentrumsforderung, die jede Stufe auf diese Partei unwidrig machte. In der tags darauf erfolgten Audienz, in der ich dem Kaiser die Notwendigkeit meines Abschieds für den Fall antwortete, daß er meinen Bescheid mit den Abgeordneten einschränke, auch die Aufhebung der Kabinettsorder von 1882 von mir verlanar, hieß

nach der Kaiser auch nicht mit einem Worte zurück. Er sagte stets nur, er wolle mir den durch mein Alter und meinen Gesundheitszustand verdienten Ruhestand geben; er sprach so, als sei seine Sorge um meine Gesundheit größer, als sein Wunsch, mich los zu bekommen. Gleichzeitig bot er mir eine Dotation und den Herzogstitel an. Die Dotation lehnte ich rundweg ab. Es könne davon überhaupt keine Rede sein. Um so mehr wurde ich mit dem Herzog von Lauenburg genährt. Ich lehnte auch diese Würde entschieden ab. Ich sei mir vornehm genug und brauche diesen Titel nicht, den übrigens noch zwei Fürsten führen, der König von Dänemark und der König von Preußen. Trotz meiner kategorischen Erklärung kam zwei Tage später Herr von Lucanus zu mir, um mich neuerdings für die Annahme des Herzogstitels zu gewinnen. Bei meiner wiederholten Abzage nahm ich seine wachsende Verlegenheit wahr, die ich mir bald erklären konnte. Drei Tage später las ich meinen Herzogstitel im „Reichsanzeiger“. Es war also ein fait accompli geschaffen worden. Die Beförderung zum General-Obersten der Kavallerie mit dem Range eines General-Feldmarschalls war im Grunde nicht minder bedeutungslos für mich. Sie schuf mir einen Rang, den ich schon besaß. So lagen die Sachen, und der Kaiser kam mit seinem Briefe, den er nach Weimar richtete, an der Situation nichts ändern. Was soll nach alledem die Redensart, er habe denselben Schmerz gefühlt, wie beim Tode seines Großvaters; das ist einfach eine Unaufrichtigkeit. Der Kaiser hat mein Abschiedsgesuch gar nicht erwarten können. Er hat um dasselbe zu mir geschickt.“ Bismarck erzählte den ganzen Vorgang nicht ohne innere Bewegung. Ich sah, wie er den Schmerz noch einmal burchnachte, und glaubte, daß es an der Zeit sei, der Unterredung ihren Abschluß zu geben. Ich dankte also dem Fürsten für das mir erwiesene Vertrauen und bat, die Abschrift des Abschiedsgesuchs auf mein Zimmer nehmen zu dürfen. Bismarck erlaubte dies, nahm ein Kuvert aus dem Schreibtisch, legte das denkwürdige Altkleid hinein und verschloß es mit den Worten: „Damit meine Leute es nicht sehen.“

Amthliches.

Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft, betreffend die Abhaltung von Wiederholungskursen für die früheren Besucher der Obstbaulehrkurse.

Um den früheren Besuchern der zehnwöchigen Obstbaulehrkurse Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse in den praktischen Arbeiten des Obstbaus (Kronenschnitt, Verjüngen, Umpfropfen, Schnitt der Formbäume) zu festigen und zu vervollkommen, wird unter Voraussetzung genügender Beteiligung in der Zeit vom 20.—27. Nov. d. J. von Obstbauinspektor Winkelmann in Mm a. D. ein Wiederholungskurs abgehalten werden. Für den Unterricht stehen die aufgedachten Hochschulkonferenzen der Stadt Mm und eine Zwergobstanlage zur Verfügung, so daß es möglich ist, alle für den Besuamwart in Frage kommenden Arbeiten hinreichend vorzuzugeln und zu üben.

Zu dem Kurs wird nur eine beschränkte Zahl von Teilnehmern zugelassen.

Der Unterricht ist unentgeltlich. Die Teilnehmer sind verpflichtet, den Besuamwart des Kursleiters nachzukommen. Für Kost und Wohnung haben sie selbst zu sorgen.

Bedingungen für die Zulassung sind: der Nachweis des Besuchs eines früheren Unterrichtskurses über Obstbau mit Angabe des betreffenden Jahres und Ortes, Auskunft über die jetzige Tätigkeit als Berufs- und Gemeindebauwart oder dergleichen und guter Renumd.

7. Gesuche um Zulassung zu dem Kurs sind mit einem schriftlichen amtlichen Zeugnis über die Erfüllung vorkommender Bedingungen spätestens bis zum 2. Nov. ds. J. an das Sekretariat der Zentralstelle für die Landwirtschaft in Stuttgart einzufenden.

Landesnachrichten.

Altenstein, 21. Oktober 1919

Die Württ. Verlautbarung Nr. 784 enthält die Liste Nr. 1 der nach Deutschland zurückgekehrten württ. Kriegsgefangenen und verzeichnet u. a. folgende Namen: Wilh. Eckert, Nagold, in Gefang. Deville Wald, jetzt Nagold. Wilh. Faust, Klosterreichenbach, in Gefang. Deville Wald, jetzt Klosterreichenbach. Wilhelm Helber, Daiterbach, in Gefang. Deville Wald, jetzt Hörterbach. Friedr. Dayer, Pfalzgrafenweiler, in Gefang. Somme, jetzt Unterwiesbach. Albert Kränker, Spielberg, in Gefang. Somme, jetzt Spielberg. Johannes Binter, Böfingen, in Gefangens. Somme, jetzt Böfingen. Gist. Adolf Fick, Teinach, in Gefang. Le Gateau, jetzt Teinach.

Am Mittwoch war in Ebdwäen Theater zu Gunsten der Kriegswaisen und der Heimkehrer. Gegeben wurden 2 Stücke von Schwegelbauer: Kockelschneiders Wilsung und V. Belgelerte. Die Besetzung der einzelnen Rollen war sehr gut und es gab viel zu lachen. Der Anbruch war sehr groß und reicher Beifall lohnte die Mitwirkenden. Auch die Kapelle unterhielt sehr gut. Sie hat sicher noch gute Tonzustell gemacht. Wenn der Verein Unternehmungslust hat, so wirt er einmal hierher und spielt hier. Bei so guter Darstellung ist ihm ein voller Erfolg garantiert. Vielleicht nehmen sich die hiesigen Kriegsteilnehmer der Sache an.

- Volkszählung: Kormochheim: 5631 (1088). — Badnang: 8345 (8676). — Schorndorf: 6763. — Herrenberg: 2896. — Bödingen: 10982 (10440). — Pfullingen: 7782. — Deibensheim: 18458 (17780). — Schramberg: 11622. — Troßingen: 5128. — Blaubeuren: 3309. — Weinsberg: 3303. — Waldsee: 3187 (3253). — Aulendorf: 2510 (2526). — Schuffried: 3311 (3366). — Dürrenz-Mühlader: 5314 (4931). — Ehingen: 4888. — Hechingen: 4955 (5117). — Saulb.

Der blaue Montag. Der Montag war im ganzen Mittelalter ein „guter Tag“; er war Freitag, Samstag, Versammlungstag, Badetag, Gerichtstag, Schwurtag, Wandertag, Markttag, Spiel- und Volksbelustigungstag. Warum nur eben Montag? Weil Montag Wandertag der Gesellen war: Samstag war gefürchtet, Sonntag gepakt, Montag ging in die Ferne. Und bis dahin blieben, gaben's Geseit bis zum nächsten Wirtshaus. Vor dem blauen Montag warnt Simrod: „Blauer Montag, volle Kröße, leere Bente, tolle Köpfe.“ „Am dem blauen Montag“, donvert der Busprediger Abraham a Santa Clara (der bekannte Augustinermonch Ulrich Megele aus Areneheimstetten bei Meßkirch, später Vösprediger in Bie), „wid ein sauler Dienstag und darauf ein durstiger Mittwoch, aus diesem entsethet ein schläfriger Donnerstag, so geht's die ganze Woche durch.“ Der blaue Montag wurde zuerst in Preußen abgefasst. Im Frühjahr 1771 wurde ein Edikt Friedrichs des Großen angekündigt, das am 24. März 1783 in Kraft trat. Darin ward jeder Geseite „mit vierzehntägigem Arrest bey Wasser und Brodt“ bedroht, und jedem „Krug-Bater“ verboten, „durch Darreichung von Getränken Gelegenheit zu geben, den Montag in Ueppigkeit und Müßiggang zuzubringen“. Bald folgten die Reichsregierungen, die Fürstlich Hessische Landesordnungen, die Sächsisch-Bergische Lande, Sachsen und Oesterreich. Nur Frankfurt hielt dem blauen Montag Treue. Bis ins 19. Jahrhundert. Im Archiv für Frankfurter Geschichte und Kunst“ vom Jahr 1888 wird den Frankfurter Buchbindern von R. Bücher noch jeder Kreuzer nachgerechnet, den sie von 1754 bis 1810 bei diesen Anlässen vertrunken haben: 101 Gulden und 36 Kreuzer. In 56 Jahren! Auf der Wein damals billig gewesen sein! Aber der blaue Montag lebt noch immer. Auch außerhalb Frankfurts. Er hat nur andere, weniger liebenswürdige Formen angenommen. Merkwürdig: blauer Montag und Achtstundentag laufen ziffernmäßig etwa auf die gleiche Anzahl wöchentlicher Arbeitsstunden hinaus. Da ist also der blaue Montag gar geworden.



1919: 5130. — Wangen i. A.: 5176 (4831). — Leutkirch: 4019. — Friedrichshafen: 9840. — Göttingen: 21 101 (19 829). — Kottwil 10 219. — Crailsheim 8402 (6101).

Kartoffelversorgung. Nach eingekommenen Mitteilungen werden von einzelnen Landwirten im Bezugsverkehr für den Zentner Spätkartoffeln 15 Mark und mehr gefordert. Diese Preise überschreiten die festgesetzten Höchstpreise um ein beträchtliches. Die Bevölkerung wird dringend ersucht, derartige Fälle unter Namensnennung dem zuständigen Oberamt, der Staatsanwaltschaft oder der Landjägermannschaft oder dem Kriegswucheramt zur Anzeige zu bringen. Die Bevölkerung aber wird gewarnt, nicht von sich aus solche Angebote zu machen.

Die Grunderwerbsteuer. Das am 1. Oktober in Kraft getretene Reichsgesetz verlangt 4 Prozent vom Uebergang des Eigentums an inländischen Grundstücken. Da den 4 Prozent können die Einzelstaaten und Gemeinden 2 Prozent Zuschläge machen, mit der Begrenzung, daß höchstens die Hälfte auf den Staat entfallen darf. Der Staat kann also höchstens 1 Prozent Zuschlag erheben.

Von den Jugendämtern. Um den Jugendamtsberufen bei der Auswahl der nötigen Kräfte für die zum 1. April 1920 einzurichtenden Jugendämter an die Hand gehen zu können, wird das Landesjugendamt Vorstellungen aller für diese Arbeit in Betracht kommenden Personen (Geschäftsführer, Geschäftsführerinnen, Berufsbildner, Bezirksleiterinnen) sammeln. Es ergeht daher an die in der Jugendamtverwaltung tätigen Kräfte, die bereit sind, bei den Jugendämtern mitzuarbeiten, die Aufforderung, sich zunächst schriftlich beim Landesjugendamt, Stuttgart, Ministerium des Innern, Dorotheenstr. 1, zu melden. Persönliche Vorstellung nur nach besonderer Aufforderung.

Zum Verkehr mit Wein. Es wird uns geschrieben: Es ist darüber geklagt worden, daß in manchen Weinbaugebieten der neue Wein von den Erzeugern den Kaufleuten, welche bei ihrem Preisangebot den Höchstpreis einhalten wollen, vorenthalten und an andere Kaufleute verkauft werde, die neben dem Höchstpreis noch eine Dreingabe („Trinkgeld“ oder „Fuhrlohn“) bezahlten. Die Oberämter der weinbaugebundenen Bezirke sind angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß die Erzeuger und die Weinläufer darauf hingewiesen werden, daß das Anbieten, Bezahlen und Annehmen einer solchen Dreingabe als „Höchstpreisüberschreitung“ und in den Fällen, in denen der Erzeuger zur Entrichtung der Weinstener verpflichtet ist, regelmäßig auch als Weinsteuerverweigerung mit schweren Strafen bedroht ist.

Die Zuderzeugung in Deutschland betrug in den Betriebsjahren 1914/15 52 125 000 Ztr., 1915/16 30 240 000 Ztr., 1916/17 30 790 000 Ztr., 1917/18 31 Mill. 453 000 Ztr., 1918/19 27 193 400 Ztr. Die Erzeugung von 1919/20 wird auf 20 Mill. Ztr. geschätzt.

Warnung. In jüngster Zeit sind in Zeitungen Inserate von schweizerischen Firmen erschienen, nach welchen diese Käufer von großen Heu und Stroh „mit Ausfuhrbewilligung in die Schweiz“ sind. Es wird durch solche Inserate der Ansicht erweckt, als ob Genehmigung zur Ausfuhr von Heu und Stroh ins Ausland erteilt würde. Tatsächlich aber kann bei dem Fehlenmangel in einem großen Teil Württembergs von einer Ausfuhr von Heu und Stroh ins Ausland nicht die Rede sein. Auch sonst liest man in den Zeitungen nicht selten Angebote auf Lebens- und Futtermittel mit dem Bemerkens, daß die Ausfuhr in das Ausland erlaubt worden sei. Entweder handelt es sich in solchen Fällen um gefälschte Ausweise oder aber hat der Käufer überhaupt keine Ausfuhrbewilligung in der Hand und sucht durch die falsche Angabe lediglich seinem Angebot größeren Nachdruck zu geben.

Zi: Ausfuhr von Obstbäumen ins Ausland wird von einer besonderen Ausfuhrbewilligung abhängig gemacht. Die diesbezügliche Verordnung wird nächster Tage ergehen.

Die Ursachen der Verteuerung der Presse. Das deutsche Volk ist gegen allgemeine fabelhafte Preissteigerungen wirtschaftlicher Art geradezu gleichgültig und teilnahmslos geworden. Wenn aber eine Zeitung gezwungen wird, ihren ohnehin nicht zu hohen Abonnementspreis um 25 oder 30 Prozent zu erhöhen, dann wird nicht selten gemurrt und geschimpft. Tatsache ist aber, daß schon in Friedenszeiten die Abonnementsgebühren bisweilen nicht einmal die Herstellungskosten einer Zeitung deckten. Heute, wo schon ein Kilogramm Rohpapier 1,25 Mk. kostet, hat sich das Verhältnis noch mehr zu Ungunsten der Zeitungen verschoben. Die „M.N.“ zeigen dies an einem Beispiel. Im Monat September 1919 hat z. B. ein Münchner Abonnent der „M.N.“ insgesamt 3400 Gramm mit Nachrichten und Anzeigen bedrucktes Papier erhalten und dafür an den Verlag 2,75 Mk. abgeführt. In Wirklichkeit kosten diese 3400 Gramm Papier den Verlag 4,25 Mk., so daß die „M.N.“ bei jedem Abonnement noch 1,50 Mk. für das Papier allein aus eigener Tasche pro Monat zulegen müssen. Dazu kommt noch die gewaltige Verteuerung der übrigen Rohmaterialien. Es sind gestiegen seit 1914 die Preise für Maschinenöl um 1200, für Kohle um 700 Prozent, für Schrittmittel um 500, für Druckfarbe um 375, für Reparaturen und Arbeitslöhne 300 Prozent. Außerdem sind die Preise für Rohmaterial, Bindfäden, Packpapier, Gas, Porto, Telegraphen- und Telefongebühren, ganz abgesehen von den Arbeitslöhnen. So wird man zu der Überzeugung kommen, daß die jetzigen Abonnementsgebühren jeder Zeitung, verglichen mit der Steigerung der Herstellungskosten, noch immer niedrig bemessen sind.

Magold, 20. Okt. (Von der Schreinerkunst.) Die Freie Schreinerinnung hielt am Samstag nachmittag im Gasthaus „Röhle“ eine Versammlung ab. Wesentliche Fragen bildeten die Holz- und die Holzverarbeitung. Die große Abreißung, die die Schreinermeister gegen den für die Getriebewirtschaft zuständigen Berliner Kriegsausschuß hegen, hat ihren guten Grund. Auf dem Verbandstag wurden Mitteilungen gemacht, die das Geschäftsgebahren des Kriegsausschusses in eigenartiger Licht rücken. Auch die Frage der Holzverarbeitung wurde vertieft und der auf dem Verbandstag aufgeworfene Gedanke der Errichtung von Genossenschaftsfabriken lebhaft erörtert. Schließlich wurde ein vorbereitender Ausschuß eingesetzt, der die Frage der Errichtung von 1 oder 2 Genossenschaftsfabriken im Magoldtal überprüfen und mit bestimmten Vorschlägen an die Räte, jedenfalls Anfang Dezember stattfindende Mitgliederversammlung herantreten soll. Zum neuen Tarifvertrag wurden verschiedene, nicht unwesentliche Änderungen bekannt gegeben. Eine Mitteilung der Handelskammer Calw weist darauf hin, daß bei Möbelverläufen ins Ausland, insbesondere nach der Schweiz, auf die tiefstehende Valuta Rücksicht zu nehmen sei. Es müsse mindestens der sechsfache Wert des Inlandpreises gefordert werden.

Calw, 20. Okt. (Volkszählung.) Die Volkszählung in Calw hat eine Einwohnerzahl von 5560 ergeben.

Friedensrat, 20. Okt. (Amtseinführung.) Am Samstag fand im Rathausaal die feierliche Amtseinführung des mit großer Mehrheit gewählten neuen Stadtverordneten Dr. Ernst Bläcker durch Regierungsrat Dr. Frauer statt. Nach der Amtseinführung war geselliges Zusammenkommen im Hotel z. Post und abends um 7 Uhr veranstalteten die Vereine einen Fackelzug, mit dem ein Ständchen für den alten und den neuen Stadtverordneten verbunden wurde.

Hechingen, 20. Okt. (Holz an die Entente.) Von der im Friedenvertrag bedingten Abgabe von Holz, deren Gesamtumfang noch nicht bekannt ist, hat die preussische Provinz Pommern insgesamt 214 886 Festm. aufzubringen. Diese Last wird verteilt auf Gemeindeforsten mit 122 067 Festm., Stiftungsforsten 3165 Festm. und Genossenschaftsforsten 171 Festm. Diese Abgabe wird auf die einzelnen Waldbesitzer nach Art der Befähigung ihrer Bestände verteilt werden. Man hofft nur, daß mit dieser Vorgang alsbald begonnen werde nicht nur wegen der Verknappung der Arbeitskräfte, sondern auch, weil man denkt, daß durch die Holzschlag erhebliche Mengen Brennholz geliefert werden.

m. Sindelfingen, 20. Okt. (Tragisches Unglück.) Am Samstag Abend fiel Kirchenpfleger W. Lieb beim Nutterholen auf einen in der Scheune stehenden Wagen die Tonne herab und starb darauf an den erlittenen schweren Verletzungen. Der jüngste Sohn Hermann kam am gleichen Abend aus der Gefangenschaft zurück und traf seinen Vater nur noch tot an.

z. Fellbach, 20. Okt. (Jugendlicher Diebstahl.) Ein 12jähriger Knabe hängte einen nach Fellbach fahrenden Lastkraftwagen seinen Handwagen an und setzte sich auf seinen Wagen. Bei der schnellen Fahrt sprangen die vorderen Räder des Handwagens ab, der Knabe geriet mit den Füßen auf den Boden und wurde so eine weite Strecke geschleift. Als er endlich aus der verzwirbelten Lage befreit wurde, waren Haut und Fleisch an den Füßen bis auf die Knochen abgeschürft. Schwer verletzt wurde er ins Krankenhaus gebracht.

z. Vaihingen, 20. Okt. (Kohlenmangel.) Die der Landesversicherungsanstalt gehörige Lungenheilstätte Wilmshausen bei Oppenweiler muß nächster Tage wegen Kohlenmangels geschlossen werden.

z. Heilbronn, 20. Okt. (Das neue zeitliche „Gewerbe“.) Das Geschäft der Spießhaken blüht auch hier. Kleinere Diebstehlen sind an der Tagesordnung und werden als Zeichen einer tauben Moral hingenommen. Die und da werden auch größere Fälle laut. So wurden einem Tabakfabrikanten 5 Zentner Rohtabak gestohlen, dazu noch 63 Flaschen Wein und 250 Eier. Aus einem Kino ist der elektrische Antriebsmotor mit allen Zuteilen über Nacht verschwunden und in einer Maschinenfabrik wurden mit Ausnahme solcher Werkzeuge gestohlen, die bei Eisenarbeiten verwendbar sind.

z. Stuttgart, 20. Okt. (Vorschlag zur Abschaffung eines Ministeriums.) Im Zentrumsorgan „Deutsches Volksblatt“ wird der Vorschlag gemacht, das württ. Ernährungsministerium abzuschaffen und dadurch die Zahl der Ministerien von 7 auf 6 zu vermindern. Davon sollen auf die Sozialdemokratie 3, auf die Demokratie 2 und auf das Zentrum 1 entfallen. Das Ernährungsministerium soll im Ministerium des Innern aufgehen.

z. Stuttgart, 20. Okt. (Abschaffung des Amtsblattmonopols.) Das Amtsblatt der Stadtverwaltung, das bisher nur dem „Neuen Tagblatt“ beigelegt war oder besonders abonniert werden mußte, wird vom 1. November ab allen Stuttgarter Tageszeitungen beigegeben in der Weise, daß die Leser dieser Zeitungen, die auch das Amtsblatt beziehen wollen, dieses bei ihrer seitherigen Zeitung bestellen und dafür gleichmäßig eine monatliche Gebühr von 30 Pfennig entrichten.

z. Stuttgart, 20. Okt. (Stromperre.) Sämtliche Stromabnehmer haben ihren täglichen Verbrauch auf die Hälfte des bisherigen Verbrauchs eingeschränkt. Von 1/5—1/2 Uhr abends darf keine Stromentnahme für Kraftzwecke stattfinden. Die Firma Robert Bosch ist gezwungen, den Betrieb heute einzustellen.

z. Stuttgart, 20. Okt. (Wucherstränderichte.) Der Soz. Verein Stuttgart hat die Landtagsfraktion beauftragt, bei der Regierung dahin zu wirken, daß ein Gesetzesentwurf vorgelegt wird betr. Einsetzung von Standgerichten zur Aburteilung von Wuchern und Schiebern. Möglichenfalls soll eine Volkskammer beauftragt werden.

Ev. Landeskirchenversammlung.

z. Stuttgart, 18. Okt. In der gestrigen vierten Sitzung wurde zunächst die allgemeine Aussprache über den Verfassungsentwurf zu Ende geführt. Dabei stand die Bekennnisfrage völlig im Vordergrund. Abg. Hoffmann weist darauf hin, daß die Vereinnahmung des Katechismus in den § 1 der Verfassung, da er bisher nicht im württ. Bekenntnis gestanden sei, der Bestimmung widersprechen würde, die Synode habe ein Bekenntnisstand nichts zu ändern. Die Ausnahme des Katechismus wäre aber auch sachlich unerwünscht, weil dann eine unevangelische Bindung an den Buchstaben drohe. — Abg. Sinderer tritt lebhaft für politische Neutralität der Kirche gegenüber sämtlichen politischen Parteien ein, zugleich aber auch für warmes Verständnis gerade gegenüber den Schichten, aus denen die linksstehenden politischen Parteien hervorgehen. Dann verwendet er sich in längeren Ausführungen dafür, daß die verschiedenen Richtungen in der Kirche gleiches Heimatrecht haben. — Abg. Suppenbauer: Wir wollen den Katechismus in der Verfassung genannt sehen, damit das Volk weiß, worauf die Kirche eigentlich steht. — Abg. Römmer wendet sich mit großem Nachdruck gegen die Forderung der Gleichberechtigung der Richtungen; eine solche Kirche ohne klares Bekenntnis wäre keine Kirche mehr, da wäre alle wirkliche religiöse Gemeinschaft aufgehoben. Auf den Hochschulen werden die jungen Theologen vielfach irre gemacht in einer Zeit, wo sie noch kein selbständiges Urteil haben. — Aus der eingetretenen Spannung führt ein Gebetswort des Abg. Pfand heraus. Abg. Lutz erklärt das Verständnis seiner Gruppe für die Not insbesondere der jungen Theologen, aber man müsse auch auf das Bewußtsein der Gemeinde Rücksicht nehmen. — D. Schoell: Wenn auch nicht von Gleichberechtigung, so dürfte in der Volkskirche von einer Daseinsberechtigung der Richtungen nebeneinander gesprochen werden. Den Katechismus solle man nicht herinneinnehmen im Gedanken an die Schichten unseres Volks, mit denen der Zusammenhang dadurch gefährdet würde.

Der Entwurf der Verfassung wird darauf an den Kirchenrechtlichen Ausschuß verwiesen; für die grundlegenden §§ 1 und 15 soll ein besonderer Ausschuß eingesetzt werden. — Hierauf werden die Wahlen der verschiedenen Ausschüsse der L.L.K. vorgenommen.

Dann wird die Stellungnahme der ev. Kirche zur Schulfrage auf Grund der vorgelegten Denkschrift beraten. D. Schoell begründet dieselbe in längeren Ausführungen. Um eine christliche, nicht eine kirchliche Schule kämpfen wir als Grundlage für unsere christliche Kultur, auf der die geistige Einheit unseres Volks beruht. Die konfessionelle Schule wollen wir festgehalten wissen in konfessionell einheitlichen Gebieten, in der Diaspora, in großen Städten. Einen Einfluß verlangen wir für die Kirche bei der Gestaltung und Erteilung des Religionsunterrichts. Da wird Verständigung notwendig sein; wir sind dazu bereit, aber wir werden uns auch von dem, was um unsres Volks willen notwendig ist, nicht abbringen lassen. (Starker Beifall). — D. Traub fordert Übernahme des gesamten Religionsunterrichts durch die Kirche. — Abg. Süsser spricht als Lehrer für die Durchführung der Gleichberechtigung von Lehrer und Pfarrer in der Gestaltung des Religionsunterrichts, für eine ausgiebigere Bildung des Lehrers gerade auch auf religiösem Gebiet und gegen die Forderung der Beruflichung des Religionsunterrichts. — Abg. Zehle verlangt die Konfessionsschule, oder wenn die Simultan Schule komme, konfessionellen Religionsunterricht in dieser und Befreiung des Lehrers von der Doppelbeaufsichtigung.

Darauf wird die Weiterberatung der Schulfrage einem besonderen Ausschuß überwiesen. Nächste Sitzung: Donnerstag, 23. Oktober, 9 Uhr.

Vermischtes.

In den Rubelband. Der Präsident des Reichsgerichts, Freiherr von Seckendorff, wird am 1. Januar 1920 in den Rubelband versetzt.

Diamantendiebstahl. Dem Fürsten Jusupow wurden in London Diamanten im Wert von 300 000 Mark gestohlen.

Fuchsfarmen. Der hohe Preis der Fuchsbälge, die jetzt mit mehr als 100 Mk. bezahlt werden, veranlaßt einen Mitarbeiter der Jagdzeitung „St. Hubertus“ zu dem Vorschlag, bei uns Fuchsfarmen zu begründen, wie sie schon vor dem Kriege unternehmungs-lustige Amerikaner als Hochfuchsfarmen erwiesen hatten. In diesen Zweck hatte man in Amerika größere, teilweise bewaldete Flächen mit Hecken und Gesehen erworben, mit Maschendraht eingezäunt und mit einer größeren Anzahl von Kunstbäumen versehen. Besonders geeignet für gute Zuchttiere 30 000 bis 40 000 Mk. für das Stück. Bei uns würde man im Frühjahr bei mäßigen Ankaufpreisen leicht genügend Jungfüchse, die beim Ausgraben der Gehade lebendig gegriffen werden, erhalten. Eine Fläche von 10—16 Morgen Weidland wäre auch leicht zu finden. Die Einriedigung müßte, wie man es in Amerika erprobt hat, so gemacht werden, daß der Maschendraht nicht nur eingegraben, sondern in der Erde nach unten umgebogen und ein größeres Stück umgelegt wird, damit jeder Versuch, sich unten durchzuwühlen, auf dieses Hindernis stößt. Genügende Nahrung, die unerlässlich ist, wenn man dauernd genügende Bälge erhalten will, könnte man durch die wilden Kaninchen erhalten, die billig zu beschaffen sind und bei ihrer starken Vermehrung auch eine sichere Bezugsquelle bieten; auch Abfälle aus den Schlachtereien und Abdeckereien sind zu verwerten, da die Füchse auch in freier Wildbahn nicht sehr wählerlich sind.

Aus amerik. Gefangenschaft. Ein aus amerikanischer Gefangenschaft zurückgekehrter schwäbischer Landmann erzählt dem „Schwazw. Boten“: „Meber ein Jahr waren wir in einem amerikanischen Gefangenenlager unter dem Befehl von Offizieren, die ausschließlich englisch mit uns sprachen, ohne auch nur ein einzigesmal in dieser Zeit zu zeigen, daß sie einen Brocken Deutsch verstanden. Zu unserer großen Ueberraschung traten am Tage unserer Freigebung diese Offiziere an uns heran, um sich mit uns in fließendem Deutsch zu unterhalten und Abschied von uns zu nehmen. Noch mehr aber stamten wir, als plözlich der Major die Frage stellte, ob Stuttgarter in unseren Reihen sich befinden. Als einige von uns Württembergern vortraten, um zu erklären, daß sie in Stuttgart bekannt seien, hat dieser Offizier uns, einen Gruß aus Stuttgart in der Schwabstraße noch lebende Mutter ausdrücken zu wollen. Er habe früher im 7. würt. Infanterie-Regiment (Nr. 125) gedient und sei dann nach Amerika „ausgewandert!“ — Wir wollen keine Betrachtung daran knüpfen, sie würde zu herb und — zu lang.

Legte Nachrichten.

WTA. Dillig'sors, 21. Okt. (Reuter.) Gestern Morgen wehte noch die rote Fahne voll über Konstantinopel. Die Batterien von Stranabaja—Sorka haben die ganze Nacht hindurch gefeuert.

WTA. Christiania, 21. Okt. Der Zentralausschuß der norwegischen Arbeiterpartei veröffentlichte gestern einen Aufruf, in dem die Parteigenossen des ganzen Landes aufgefordert werden, am 7., 8. und 9. November Kundgebungen gegen die Forderung der Entzete betreffend einer Blockade Sowjet-Russlands zu veranstalten.

WTA. Berlin, 21. Okt. Das östpreussische General-Landwirtschaftskollegium stiftete 50000 Mk für die deutschen Soldateneinsiedlungen im Baltikum.

WTA. Berlin, 21. Okt. Nachdem sich der Abjoreordnete Haase (auf den bekanntlich ein Attentat ausgeführt wurde) gestern einer neuen Operation unterziehen mußte, wird sein Zustand als nicht unbedeutlich bezeichnet.

WTA. Versailles, 21. Okt. Wie die „Liberte“ mitteilt, beschäftigt die Frage der zu verfolgenden Deutschen den Unterstaatssekretär für Militärjustiz, Jgnace. Es handelt sich um etwa 600 Personen. Das Blatt sagt, die größten Namen des deutschen Golts figurierten darunter, unter ihnen der ehem. Kronprinz Rupprecht v. Bayern.

WTA. Berlin, 20. Okt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weist die Ansicht der „Liberte“, daß die in französischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Soldaten als Geiseln für die Innehaltung der Friedensbedingungen durch Deutschland zurückgehalten werden müßten als eine ungläubliche Gefühlshöhe scharf zurück. Zur Beruhigung der wahrlich lange genug in banger Erwartung gehaltenen Angehörigen unserer Kriegsgefangenen betont sie nachdrücklich, daß die französische Regierung sich durch eine offizielle Note verpflichtet habe, die Gefangenen sofort nach der Ratifizierung zu entlassen und die feierliche Zusage unwöglich brechen könne.

WTA. Berlin, 21. Okt. Einer Meldung des Berl. Lokalanzeigers aus Duisburg zufolge hat sich der Streik in der vierten Zone des linken Rheinufers auf die Städte Krefeld und Uerdingen ausgedehnt. Der Verkehr über die Rheinbrücke wurde gesperrt.

WTA. Berlin, 21. Okt. Laut „Berl. Lokalanzeiger“ hat der engl. Kommandierende der Seekreuzkräfte vor Riga am 16. Okt. drei Parlamentäre zu der weißrussischen Armee geschickt mit einem Brief unter folgender Adresse: „An den General Vermont, Befehlshaber der deutschen Truppen.“ Diese Parlamentäre sind zurückgeschickt worden mit dem uneröffneten Schreiben und dem Bescheid, daß es weder einen „General Vermont“ noch einen „Befehlshaber deutscher Truppen“ gebe.

WTA. Berlin, 21. Okt. Zum Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen wird in der „Deutschen Allg. Zeitung“ mitgeteilt, daß bei der Verhandlung der Brantenfragen sich für die Regierung selbstverständlich die Forderung ergebe, daß nicht nur für diejenigen Beamten, die in dem abzutretenden Gebiet verbleiben, von einer Vermögensliquidation Abstand genommen wird, sondern daß diese Gelechtsierung auch anderen Beamten und der übrigen Bevölkerung zu Teil werden muß. Bisher sind die Polen beharrlichweise auf die billigen deutschen Vorschläge nicht eingegangen, aber es liegt kein Grund vor, die Hoffnung endgültig aufzugeben. Einer Zugehörigkeit der evangel. Kirche in Polen zur preussischen Landeskirche stehen die Polen mit einem gewissen Mißtrauen gegenüber. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich ihre Bedenken zerstreuen werden mit der vollkommenen Trennung von Staat und Kirche, wie sie in Preußen beabsichtigt ist.

Berlin, 20. Okt. Wie der Täglichen Rundschau aus Frankfurt/Main berichtet wird, sind seitlich mehrere Lastkraftwagen mit Anhängern, beladen mit Textilwaren und Stoffen, in Frankfurt/Main eingetroffen wo sie ihre Waren in den Groß-Geschäften abliefern. Diese Kraftwagen kamen direkt von Paris und eröffneten als erste den unmittelbaren Warenverkehr zwischen Paris und Frankfurt.

WTA. Amsterdam, 20. Okt. Der Washingtoner Korrespondent der „Daily News“ meldet, daß Staatssekretär Lansing die gesamte Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen habe. Wie verlautet, ist Lansing gegen all: auf die Befehung der Türkei oder auf sonstige Hineinziehung der Vereinigten Staaten in die europäischen Verwickelungen gerichteten Pläne und für eine „splendid Isolation.“

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauf.

Altensteig.
Die Allgem. Fortbildungsschule der Mädchen beginnt Donnerstag, 23. Okt. d. J., nachm. 4—6 Uhr
Der letzte Frühjahrs der Volksschule entlassene Jahrgang hat sich im unteren Schulhaus bei Herr Hauptlehrer Schwarz, der ältere Jahrgang im oberen Schulhaus bei Herr Hauptlehrer Zeuge einzufinden.
Den 21. Okt. 1919.

Ev. Volksschulrektora t: J. E. Jetter.



Vorzügliche Tinten
in kleinen und grossen Quantitäten
empfiehlt die
W. Rieker'sche Buch- u. Schreibwarenhdg.
L. Lauk, Altensteig.

Gesellschafts-Sägen
welche Handelsware prompt liefern können, werden um Aufgabe ihrer Adressen gebeten.
Gefl. Angebote unter Nr. 25 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Wärthb. Forstamt Altensteig.
Nadelstammholzverkauf
Am Donnerstag den 30. Okt. 1919 nachm. 2 Uhr im Grünen Baum in Altensteig aus Gut Wart Abt. Altes Garten, Gut Altensteig, Abt. Harb, Stadthalde und Schirberwälen, Gut Spielberg Abt. Säbelloch, Reesenberg und Kienerwiese
L a n g h o l z: 905 Fichten, 61 Tannen, 4 Föhren mit Fm.: 989 L., 499 II., 242 III., 55 IV., 9 V. Kl.
S ä g h o l z: 17 Fichten, 8 Tannen mit Fm. 30 L. 6 II. Kl. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, S. J. Stuttgart.

Droginal-Bonbons
schützen vor Husten, Heiserkeit
Erkrankung der Atmungsorgane zu haben
Schwarzwald-Drogerie + Altensteig +
— Telefon 41 —

Taschenlampen
und sehr gute
Batterien
sind stets frisch zu haben bei
Lorenz Luz jr.

Altensteig.
Füchse, Marder, Iltis, Hirsch, Reh, Dachs, Gaisen, Hasen, Kanin, Katzen- u. Maulwurf-felle
kauft zu den höchsten Tagespreisen
Karl Walz, Kürschner.

Gesfordene.
Batersbronn: Friedrich Gaiser, Neumüller, 63 Jahre.
Magold: Bruno Fürst, Kontorist, 19 Jahre.
Frommern: Michael Pahn, Stadtpfarrer a. D., früher in Wödingen und Dornhan, 68 J.

Statt Karten!
Zimmerfeld.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Donnerstag, den 23. Oktober 1919
im Gasthaus zur Sonne in Zimmerfeld
stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.
Christian Schmid Sohn des Joh. Gg. Schmid Straßenswartis in Zimmerfeld.
Maria Magd. Kalmbach Tochter des Joh. Gg. Kalmbach Gemeindepflegers in Zimmerfeld.
Kirchgang um 11 Uhr.

Altensteig.
Echten amerikanischen Kautabak
hält vorrätig
Karl Henzler sen.
Eisenwarenhandlung.

Altensteig.
Ein junger
Hilfs-Arbeiter
in eine Werkerei gesucht.
Zu erfragen bei der Exp. ds. Bl.

Altensteig.
Eine guterhaltene
Hechel-Bank
(für Weber geeignet), hat zu verkaufen
Wer? — sagt die Red. ds. Bl.

Bettmöffen
Befreiung sofort.
Alter und Beschlecht angeben.
Auskunft umsonst
Wiltbergern-Co. Stuttgart 73

Altensteig.
Ein Paar noch guterhaltene
Militär-Halbstiefel 27 1/2
sowie ein Paar
Schnürschuhe 27 1/2
sind zu verkaufen.
Näheres in der Red. ds. Bl.

Zum Versand
empfiehlt
Aufkleb-Adressen
Anhäng-Adressen
Paket-Adressen
Expreschneine
Frachtbrieife
sowie
Packpapiere
weißes
Einwickelpapier
Pergament-Erslah
edyt Pergament
die
W. Rieker'sche] Buchh.

